

Pressemitteilung

„Erst plündern, dann rationieren – das ist unterlassene Hilfeleistung auf Krankenschein!“: bvvp verurteilt Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit aufs Schärfste!

Berlin, 01. April 2026. Das Papier der Finanzkommission, die vom Bundesministerium für Gesundheit eingesetzt wurde und Empfehlungen zur Stabilisierung der Beitragssätze der gesetzlichen Krankenkassen erarbeiten sollte, schlägt nicht nur die Streichung der Zuschläge für die sogenannte Kurzzeittherapie vor, sondern auch die Wiedereinbudgetierung der Psychotherapie in die sogenannte morbiditätsbedingte Gesamtvergütung. Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten e.V. (bvvp) spricht sich vehement gegen derartige Eingriffe aus.

Der bvvp-Vorsitzende Mathias Heinicke warnt: „Hier wird eine Kette von Fehlentscheidungen geschmiedet, deren letztes Glied die Zerstörung einer funktionierenden Versorgung ist und das auf dem Rücken der Patient*innen und zulasten der Praxen.“

Die Stellvertretende Vorsitzende Ulrike Böker ergänzt: „Ein solcher Eingriff in die wirtschaftliche Basis der Psychotherapeut*innen, die sich Tag für Tag des Leids der Menschen mit psychischen Erkrankungen annehmen und sie auf höchstem Qualifikationsniveau erfolgreich behandeln, ist inakzeptabel. Dagegen werden wir auch weiterhin, wie seit dem Kürzungsbeschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses um 4,5 Prozent, auf die Straße gehen!“

Es schein ihnen, als habe sich die Kommission mit den Krankenkassen, allen voran den Ersatzkassen, zur Umsetzung eines perfiden Plans zusammengeschlossen, um einen Feldzug gegen die wirtschaftliche Basis der Psychotherapie zu führen. Zuerst würden die Honorare unter dem massiven Druck der Kassen um 4,5 Prozent zusammengestrichen – ein glatter Raubzug an der Arbeitsleistung der Psychotherapeut*innen –, dann, kaum sei die Tinte trocken, folge der nächste Streich: Die bisher extrabudgetär vergüteten psychotherapeutischen Leistungen sollen wieder in das Korsett einer starren Budgetierung gepresst werden. Mathias Heinicke ist sich sicher: „Das ist kein Zufall, sondern eiskalte Strategie!“ Und er findet weitere deutliche Worte: „Was wir hier erleben, ist ein Frontalangriff mit Ansage. Erst entzieht man den Praxen finanziell die Luft zum Atmen, dann behauptet man, das System sei ineffizient, um schließlich mit dieser hausgemachten Notlage weitere Kahlschläge zu rechtfertigen. Das ist zynisch und brandgefährlich!“

VORSTAND

VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Mag. rer. nat.
Mathias Heinicke,
Psychologischer Psychotherapeut

STELLV. VORSITZENDE

Dipl.-Psych. Ulrike Böker
Psychologische Psychotherapeutin

STELLV. VORSITZENDER

Dr. phil. Bernd Aschenbrenner
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut

Dr. med. Bettina van Ackern
Dipl.-Psych. Rainer Cebulla
Martin van Ackern

Vorstandsbeauftragte
Ariadne Sartorius

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31
10707 Berlin

Telefon 030 88725954
Telefax 030 88725953
bvvp@bvvp.de
www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG
IBAN:
DE69100900002525400002
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID
DE77ZZZ00000671763

Böker stellt klar: „Budgetierung heißt im Klartext: Wenn das Geld aufgebraucht ist, endet die Versorgung – völlig ungeachtet der medizinischen Notwendigkeit. Damit bleiben Menschen mit psychischen Erkrankungen in Zukunft in großer Zahl unversorgt!“

Die Behauptung, die Kassen seien leer und deshalb müsse bei der Psychotherapie rationiert werden, sei eine bewusste Nebelkerze. Schauen Sie sich die Zahlen an, werden das Ausmaß der Absurdität deutlich: In Wahrheit machten die Kosten für Psychotherapie nur einen minimalen Teil der Gesamtausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherungen aus.

„Es ist ein Hohn, bei der Versorgung den Notstand zu riskieren, während gleichzeitig Millionen an Beitragsgeldern in kostspielige Werbekampagnen oder versicherungsfremde Leistungen fließen“, betont sie. „Krankenkassen sind keine Konsumgüterhersteller, sie sind Solidargemeinschaften! Jede Anzeige und jeder Hochglanzprospekt ist Geld, das am Ende in der direkten Patientenversorgung fehlt.“

Und Mathias Heinicke ergänzt: „Die Argumente der Kassenfunktionäre halten keiner ehrlichen Prüfung stand. Wer ein „Steuerungsproblem“ konstruiert, um davon abzulenken, dass man die notwendige Finanzierung verweigern will, betreibt bewusste Irreführung.“

Fazit:

Der bvvp weist die implizite Unterstellung zurück, Psychotherapeut*innen würden Ressourcen falsch einsetzen. Die Praxen arbeiteten am Limit und versorgten täglich Menschen mit schweren und komplexen Erkrankungen. Dies verdienen Anerkennung und Wertschätzung statt entwertender Falschaussagen und realitätsferner Versorgungsideen. Der Verband fordert Priorität für die Versorgung! Beitragsgelder gehörten in die Praxen, und dürften nicht in Werbeetat oder versicherungsfremde Leistungen fließen! Und der bvvp fordert eine Politik der Vernunft und der Verlässlichkeit! Wer heute kürzt und morgen rationiert, handelt nicht im Interesse der Patient*innen.

*Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppen- und verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut*innen einsetzt. In ihm haben sich etwa 6.000 Ärztliche Psychotherapeut*innen, Psychologische Psychotherapeut*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.*

Für den bvvp

Dipl.-Psych. Mag.rer.nat. Mathias Heinicke
Vorsitzender des bvvp-Bundesverbands,
Dipl.-Psych. Ulrike Böker
Stellvertretende Vorsitzende des bvvp-Bundesverbands

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

bvvp Bundespressestelle
Anja Manz - Pressesprecherin
Württembergische Straße 31
10707 Berlin
Tel. + *49 30 88 72 59 54 / Mobil + *49 177 6575445
E-Mail: presse@bvvp.de